

Folie 1

Haushaltsrede 2026/2027 – ZukunFTsfest: Konsolidieren, aber investieren

1. Einstieg – Die Lage ist ernst und wir benennen sie

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Mitglieder des Stadtrats,

der Haushalt, den wir heute beraten, steht unter einem besonderen Vorzeichen.

Die Zahl, die im Raum steht, ist eindrucksvoll – und sie erschreckt:

Folie 2

Für das Jahr 2026 planen wir ein Defizit von 24,87 Millionen Euro, für das Jahr 2027 ein Defizit von 36,35 Millionen Euro.

Auch mir fällt es nicht leicht, mit einem solchen Haushalt vor Sie zu treten.

Denn hinter jeder Zahl stehen Menschen, Aufgaben, Verantwortung – und auch Sorgen.

Aber wir müssen ehrlich sein: Nur wer die Lage offen benennt, kann sie auch verändern.

Folie 3

Das Bild des überladenen Esels, das Sie bereits eingangs auf der Folie gesehen haben, beschreibt die Situation vieler Städte – auch Frankenthals.

Der Esel trägt schwer an der Last von Sozialkosten, Personal und stetig wachsenden Aufgaben – und dennoch muss er Schritt halten.

Er kann nicht stehen bleiben, nicht abwerfen, sondern muss weitergehen – klug, ausdauernd und mit System.

Wie Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages, kürzlich sagte: „Wir erleben die größte kommunale Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik.“

Allein im ersten Halbjahr 2025 beläuft sich das Defizit in den Kern- und Extrahaushalten der Städte und Gemeinden laut Statistischem Bundesamt auf 19,7 Milliarden Euro – mehr als die Hälfte des Negativrekords des gesamten Vorjahres.

Und die Prognosen der kommunalen Spitzenverbände erwarten für das Gesamtjahr ein Defizit von über 30 Milliarden Euro.

Im Gegensatz dazu – und das soll hier nicht unerwähnt bleiben – haben Bund und Länder ihre Defizite spürbar reduzieren können.

Mitte 2025 wird der Fehlbetrag der Länder voraussichtlich nur noch 2,1 Milliarden Euro betragen – ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum Vorjahr mit 7,1 Milliarden Euro.

Diese Entwicklung zeigt: Während Bund und Länder auf Konsolidierungskurs sind, geraten die Kommunen zunehmend in eine strukturelle Schieflage.

Die Diskrepanz zwischen den Ebenen wird größer – und sie gefährdet die Handlungsfähigkeit der Städte.

Wie das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ formuliert hat:

„Die kommunale Familie steht unter Druck wie nie zuvor – organisatorisch, finanziell und menschlich.“

Diese Einschätzung teilen auch die Oberbürgermeister der deutschen Landeshauptstädte, die sich Ende Oktober 2025 in einem gemeinsamen Brandbrief an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidentenkonferenz gewandt haben.

Sie sprechen von einer „existentiellen Belastungsprobe, wie es sie in dieser Form noch nicht gegeben hat“.

Die Stadt Frankenthal hat sich diesem Appell angeschlossen – denn auch wir erleben täglich, was es bedeutet, wenn Pflicht, Verantwortung und finanzielle Realität auseinanderdriften.

2. Einordnung – Kein Frankenthaler Sonderweg

Im ersten Halbjahr 2025 erzielten die Kommunen unseres Landes ein Finanzierungsdefizit von rund 1,57 Milliarden Euro – eine Verschlechterung um nahezu eine Milliarde Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Keine der zwölf kreisfreien Städte schloss dieses Halbjahr positiv ab.

Trier rechnet trotz zusätzlicher Hilfen mit einem Fehlbetrag im mittleren zweistelligen Millionenbereich, Ludwigshafen gar mit rund 148 Millionen Euro Defizit.

So plant beispielsweise Kaiserslautern für das Haushaltsjahr 2026 mit einem Fehlbetrag von 65 Millionen Euro und Koblenz mit 43,4 Millionen Euro.

Wir befinden uns also nicht in einer Ausnahmesituation, sondern inmitten einer allgemeinen strukturellen Krise der kommunalen Finanzen.

Die Lage ist ernst – aber trotz der roten Zahlen sind wir im Vergleich keineswegs abgeschlagen.

Das ändert nichts an unserer Verantwortung vor Ort, erklärt aber den Kontext:

Es handelt sich um ein strukturelles Problem der kommunalen Ebene – nicht um einen Frankenthaler Sonderweg.

Wir stehen in einem Sturm, den wir uns nicht ausgesucht haben – aber wir haben entschieden, mit festem Kurs hindurchzusteuern.

Und dieser Kurs ist das, was wir heute vorstellen: kein Wunschprogramm, sondern ein Kursbuch in stürmischen Zeiten.

Folie 4

3. Der Konsolidierungspfad – Verantwortung mit System

Das Schreiben des Innenministeriums Rheinland-Pfalz an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vom 22. September 2025 markiert – so hoffen wir - einen Wendepunkt in der Genehmigungspraxis.

Erstmals wird dort anerkannt, dass ein Haushaltsausgleich in vielen Kommunen derzeit nicht erreichbar ist.

Nicht der Nullsaldo entscheidet, sondern die Glaubwürdigkeit des Konsolidierungspfades.

Die Aufsicht soll – ich zitiere sinngemäß – mit Augenmaß prüfen, wenn Kommunen erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, eine belastbare Finanzplanung vorlegen und ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit sichern.

Doch – und das ist wichtig – dieses Schreiben ersetzt keine Konsolidierung.

Es verpflichtet uns, genau diesen Weg glaubwürdig zu beschreiten.

Und das tun wir.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Die Haushaltsberatungen für 2026 begannen bei einem Defizit von über 36 Millionen Euro.

Durch konsequente Konsolidierung, durch Überprüfung jedes Ansatzes, durch eine 10 %-Kürzung dort, wo es sinnvoll und vertretbar war, konnten wir das Ergebnis bereits erheblich verbessern.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung danken, die in einem beispiellosen Kraftakt die Haushaltsaufstellung, die Prüfprozesse und die Konsolidierung vorangetrieben haben – mit großer Sorgfalt und Loyalität gegenüber dieser Stadt.

Wir haben auf neue freiwillige Leistungen verzichtet, Budgets gedeckelt, Strukturen überprüft – und gleichzeitig den Auftrag erhalten, das Notwendige zu sichern – mit Augenmaß, aber auch mit Mut.

Kern unseres Handelns ist das **Haushaltskonsolidierungskonzept**, das auf **sieben Säulen** steht:

1. Haushaltsdisziplin und 10 %-Kürzung – konsequentes Sparen ohne Rasenmäherprinzip.
2. Einnahmemanagement und Gebührenwahrheit – Gebühren werden, wo nötig, angepasst und auf Landesdurchschnittsniveau gehoben.
3. Stadtkonzern konsolidieren und steuern – Einsparpotenziale und Effekte sind in den Aufsichtsräten beschlossen und damit verbindlich.

Die notwendigen Beschlüsse zum Eigen- und Wirtschaftsbetrieb (EWF) werden in der Dezember-Sitzung des Betriebsausschusses getroffen.

4. Sozialkostensteuerung und Arbeitsgruppe Sozialkosten – Analyse und gezielte Steuerung wachsender Sozialausgaben.

5. Personal- und Verwaltungsmodernisierung – Digitalisierung und Prozessoptimierung als Grundlage langfristiger Effizienz.

6. Interkommunale Zusammenarbeit – gemeinsam Kosten senken, Synergien nutzen.

7. Wachstum und Gewerbeflächenentwicklung – neue Einnahmen schaffen, um langfristig unabhängiger zu werden.

Auch die konsequente Nutzung und Steigerung von Fördermitteln ist ein zentraler Bestandteil dieses Konzeptes. Allein im Bereich der Städtebauförderung wird perspektivisch eine Steigerung um bis zu 25% gegenüber dem Ursprungsbudget angestrebt.

Auch um Förderprojekte umsetzen zu können, bedarf es daher einer ausreichenden Personalausstattung.

Denn jeder Förder-Euro, den wir nach Frankenthal holen, entlastet unseren Haushalt und stärkt unsere Zukunftsfähigkeit.

Mit diesem Ansatz, meine Damen und Herren, sind wir genau auf dem Konsolidierungspfad, den die Aufsicht erwartet – und wir werden ihn weitergehen: Schritt für Schritt, Jahr für Jahr.

Dieser Weg ist kein parteipolitischer, sondern ein gemeinsamer – im Bewusstsein, dass wir alle Verantwortung tragen, Frankenthal zukunftsfest aufzustellen.

4. Warum das Defizit trotzdem bleibt – Ursachen und Ehrlichkeit

Trotz aller Anstrengungen bleibt das Ergebnis herausfordernd.

Aber wir müssen ehrlich bleiben – und erklären, warum das so ist.

Denn dieses Defizit ist nicht Ausdruck von Versagen, sondern Ergebnis struktureller Realität.

Fünf Faktoren bestimmen das Bild – oder genauer: sechs.

Erstens: die Sozialausgaben.

Die gesetzlichen Verpflichtungen wachsen, die Erstattungen bleiben zurück.

Wir finanzieren Leistungen, deren Umfang und Preisentwicklung wir kaum steuern können – und doch tragen wir die Verantwortung.

Kurz: Die Sozialausgaben sind der strukturelle Taktgeber unserer Defizitentwicklung.

Ohne gesetzliche Entlastung oder eine auskömmliche Mitfinanzierung lassen sie sich kommunal nicht „wegkonsolidieren“.

Zweitens: Nachbesetzungen.

Viele Stellen, die über Jahre unbesetzt waren, konnten in den letzten beiden Jahren endlich besetzt werden – durch erhebliche Kraftanstrengungen, neue Arbeitsweisen und gezielteres Personalmarketing.

Das war richtig und notwendig, denn nur mit Menschen lassen sich Aufgaben erfüllen.

Doch es führt auch dazu, dass nun Personalkosten sichtbar werden, die man sich über Jahre „gespart“ hat, weil die Stellen schlicht nicht besetzt waren – mit allen Konsequenzen für Qualität, Tempo und Belastung.

Drittens: neue Personalanmeldungen.

Zusätzlich sehen wir im Doppelhaushalt 2026/2027 insgesamt 147,3 Stellen, davon **108 Pflichtstellen** in den Bereichen Jugend, Familie und Soziales.

Diese zusätzlichen Stellen sind unmittelbar mit gesetzlichen Verpflichtungen verbunden – etwa durch das Ganztagsförderungsgesetz oder den Ausbau der Kinderbetreuung.

Wir reden also nicht über Personalaufwuchs aus Bequemlichkeit, sondern über Menschen, die Aufgaben erfüllen, auf die unsere Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch haben.

Wenn wir neue Kitas eröffnen, neue Plätze schaffen und schneller werden in der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes, dann entstehen daraus Sondereffekte – insbesondere im Haushaltsjahr 2027, wo diese Kosten erstmals volljährig wirken.

Viertens: die Tarifierhöhungen.

Die Ergebnisse der Tarifrunden im öffentlichen Dienst sind in voller Höhe in den Haushalt eingepreist.

Sie belaufen sich zusammengefasst auf rund 2,8 Millionen Euro in den Jahren 2026 und 2027.

Das ist ein wesentlicher, aber unvermeidbarer Faktor – Ausdruck berechtigter Lohnanpassungen.

Fünftens: neue und wachsende Aufgaben von Bund und Land.

Ob Kinderbetreuung, Inklusion, Klimaschutz, Energieplanung oder der Zivil- und Katastrophenschutz – viele dieser Aufgaben entstehen aus gutem Grund, aber sie kommen mit erheblichen organisatorischen und finanziellen Verpflichtungen.

Die kommunale Ebene wird zunehmend zum Erfüllungsgehilfen neuer gesetzlicher Vorgaben – oft ohne ausreichende personelle oder finanzielle Ausstattung.

Ein Beispiel: Die Anforderungen an den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sind in den letzten Jahren massiv gestiegen.

Wir müssen heute Vorsorge treffen für Szenarien, die es vor zehn Jahren so noch nicht gab – Stromausfälle, Extremwetter, Krisenlagen.

Das alles braucht Strukturen, Personal, Fahrzeuge und Technik – und belastet den Haushalt zusätzlich.

Sechstens: der allgemeine Preis- und Kostendruck.

Tarifsteigerungen, Energie- und Baukosten schlagen mit voller Jahreswirkung durch.

Das betrifft besonders unsere großen Pflichtbereiche: Schule, Soziale Hilfen und Kinder- und Jugendhilfe.

Folie 5

Meine Damen und Herren,

warum steigt das Defizit 2027 so deutlich an?

Diese Frage ist berechtigt – und sie lässt sich klar beantworten.

Die **Hauptursache** liegt in den **Pflichtaufgaben** der Stadt, insbesondere in den Bereichen Jugend, Familie und Soziales.

Hier schlagen die 108 Pflichtstellen, die neu besetzt oder eingerichtet werden, volljährig zu Buche.

Zugleich wirken dort die Tarifsteigerungen, steigende Sachkosten und laufende Betriebskostensteigerungen.

Ein **Blick in die Teilhaushalte** verdeutlicht das Bild:

Im Jahr 2025 lagen die Kosten in den Teilhaushalten 4 (Schule), 6 (Soziale Hilfen) und 7 (Kinder, Jugend und Familie) bei 71,4 Millionen Euro.

Für 2026 prognostizieren wir 77,3 Millionen Euro – eine Steigerung um 5,9 Millionen. Euro; bereinigt um einen Sondereffekt von 2 Millionen Euro ergibt sich eine reale Zunahme von 7,9 Millionen Euro.

2027 werden die Kosten voraussichtlich 89,5 Millionen. Euro erreichen – eine Steigerung um weitere 12,2 Millionen Euro.

Die Steigerung der Fehlbeträge beträgt 6,44 Millionen Euro für 2026 und 11,48 Millionen Euro für 2027.

Ein wesentlicher Effekt in diesem Zusammenhang ist, dass die im Rahmen des Programms „Handlungsstarke Kommunen“ für die Jahre 2025 und 2026 etatisierten Mittel in der Haushaltsplanung für 2027 nicht mehr berücksichtigt werden.

Damit sehen wir: Es ist kein lokales Problem, sondern eine strukturelle Verschiebung zwischen Pflicht und Finanzierung.

Folie 6

Ein **Blick in die Mittelfristplanung** zeigt dennoch:

Unsere Konsolidierungsanstrengungen wirken. Ab dem Jahr 2028 zeichnen sich spürbare Entlastungen ab, die Fehlbeträge beginnen sich zu reduzieren. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis konsequenter Disziplin und nachhaltiger Strukturarbeit in Bezug auf die Faktoren, die wir gezielt beeinflussen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all das erklärt aber auch, warum unser Spielraum so eng geworden ist – aber es erklärt nicht, warum wir aufhören sollten, zu gestalten. Deshalb gilt unser Leitmotiv: Konsolidieren, aber gezielt investieren.

Folie 7

5. Konsolidieren, aber investieren – der Aufbruch ins Sanierungs- und Modernisierungsjahrzehnt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Frankenthal schiebt seit Jahren eine enorme **Bugwelle an Sanierungs- und Modernisierungsbedarfen** vor sich her. Das sehen wir an Straßen und Brücken, an Schulen und Kitas, an Sportstätten, Verwaltungsgebäuden und in der Innenstadtentwicklung.

Die Gründe dafür waren überwiegend strukturell: fehlende Kapazitäten und – damit zusammenhängend – fehlende, belastbare Arbeitsprogramme.

Genau hier haben wir umgesteuert: Mit der **Roadmap Sportstätten**, dem **Straßen- und Sanierungskonzept**, der **Roadmap Wohnungsbau** sowie dem strategischen **Prozess „Frankenthal 2035“** liegen nun priorisierte Programme vor, die wir Schritt für Schritt abarbeiten. Wir haben uns außerdem das Ziel gesetzt, **1.000 neue Bäume** zu pflanzen, um die lange Phase zu überwinden, in der deutlich mehr Bäume gefällt als gepflanzt wurden.

Diese **Bugwelle trifft heute auf eine Förderkulisse**, wie wir sie lange nicht hatten. Der richtige Schluss daraus ist kein „Wünsch-Dir-was“, sondern ein gezielter Investitionspfad. Oder, um Roman Herzog zu zitieren: „Sparen darf nicht Stillstand bedeuten.“

Wir investieren, um Substanz zu erhalten, Folgekosten zu vermeiden und Zukunft zu ermöglichen. Dieses Investieren ist klar strukturiert und finanziell hinterlegt.

Das Gesamtvolumen der Investitionen in den beiden Haushaltsjahren liegt bei rund 120 Millionen Euro – die **Entschuldung der Stadtklinik** in Höhe von 27,4 Millionen Euro ist hiervon abzuziehen separat zu betrachten.

Die Klinik ist ein Sondereffekt; sie wird – so auch im Vorgespräch mit der Aufsicht – gesondert bewertet.

Der voraussichtliche Zuschussbedarf für die **CongressForum Frankenthal GmbH** in den kommenden Haushaltsjahren wird wie folgt prognostiziert:

- **2026:** 3,70 Millionen Euro (Liquiditätsbedarf)
- **2027:** 3,35 Millionen Euro (nach Umsetzung erster Effizienzmaßnahmen)

Dieser Zuschussbedarf insbesondere in Verbindung mit der **Frankenthaler Bäder und Parken GmbH (BPG)**. Für das Haushaltsjahr 2025 wird bei der BPG ein Jahresfehlbetrag von rund 3,98 Millionen Euro erwartet.

Dies verdeutlicht den Bedarf an einer Konsolidierung im Stadtkonzern, um die langfristige finanzielle Stabilität der städtischen Unternehmen zu gewährleisten.

Dies ist ein zentraler Baustein unserer zukünftigen finanziellen Ausrichtung. Besonders die **Stadtklinik** trägt dazu bei: Ergebnis einer konsequenten Steuerung, der neuen kaufmännischen Leitung und der erzielten Leistungssteigerungen ist, dass der Wirtschaftsplan für 2026 und 2027 eine konsequente Reduktion des Defizits vorsieht. Dabei wird der

Erfolgsplan wird mit einem Defizit in Höhe von rund 4,3 Millionen Euro für das Jahr 2026 bzw. 3,6 Millionen Euro für das Jahr 2027 abschließen.

Auch hier gilt, die Mittelfristplanungen in den Blick zu nehmen.

Was bleibt, ist der **Kern unseres Investitionspfades**:

Innenstadt und Schlüsselimmobilien. Wir steuern die Entwicklung der Innenstadt aktiv, statt zuzuschauen.

Rund 10 Millionen Euro stellen wir für den strategischen Erwerb von Schlüsselimmobilien bereit, um Erdgeschosse zu aktivieren, Nutzungsmischung zu sichern und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Stadtentwicklung wird so gestaltbar.

Bildung und Betreuung. Wir investieren in unsere Jüngsten, weil Pflicht und Bedarf zusammenfallen. Zwei Kitas am Ostparkstadion schlagen mit 16,4 Millionen Euro zu Buche; mit der Kita Daniel-Bechtel-Straße entstehen insgesamt rund 350 neue Plätze. Parallel bereiten wir – dort, wo es nötig ist – modulare Provisorien vor, etwa an der Tom-Mutter-Schule, bis Neubau und Modernisierung greifen.

Das sind keine Wunschtitel, sondern Pflichtantworten auf sichtbaren Sanierungsdruck und steigende Schülerzahlen.

Schulen. Wir setzen Sanierungen und Modernisierungen an unseren Schulstandorten um, inklusive Übergangslösungen, damit Unterricht verlässlich in sicheren, zeitgemäßen Räumen stattfinden kann. Jede verschobene Maßnahme verteuert das Morgen.

Infrastruktur. Wir arbeiten die Straßen- und Brückensanierungen entlang der beschlossenen Roadmap ab, ergänzen Rahmenverträge für Kleinstreparaturen und stärken die Planungs- und Vergabekapazitäten. Ziel ist: aus Plänen wird Baufortschritt – messbar, Jahr für Jahr.

Sport und Begegnung. Wir investieren kontinuierlich in die soziale Infrastruktur: jährlich 1 Million Euro als verlässlicher Pfad, priorisierte Maßnahmen aus der Roadmap Sportstätten (Beläge, Laufbahnen, Flutlicht), dazu Projekte wie Skate- & Pumptrack und „Sport im Park“. Das stärkt Gesundheit, Teilhabe und Zusammenhalt.

Wohnen. Mit der Roadmap Wohnungsbau schaffen wir die Voraussetzungen, bis 2035 rund 2.000 Wohnungen zu ermöglichen. Erste Vorhaben – etwa Sternjakob-Areal und ehemaliges Real-Gelände – sind aufgesetzt; über 500 Einheiten gehen in Umsetzung. Wohnen bleibt bezahlbar, wenn wir rechtzeitig Flächen aktivieren und Verfahren vorantreiben.

Damit dieser Investitionspfad trägt, investieren wir auch in Umsetzungsfähigkeit: Die dafür benötigten Stellen sind zeitlich befristet für das Sanierungs- und Modernisierungsjahrzehnt vorgesehen – alle mit KW-Vermerk.

Es geht nicht um einen dauerhaften Apparat, sondern um befristete Umsetzungskraft, damit Förderanträge fristgerecht gestellt, Vergaben sauber vorbereitet und Maßnahmen gebaut und abgerechnet werden können.

Ein Plan ohne Planer bleibt Papier; ein Bauprogramm ohne Bauleitung bleibt Versprechen – genau das verhindern wir.

Dieses Vorgehen entspricht der **Linie des Innenministeriums**: Auch in angespannter Lage sollen Kommunen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz investieren, wenn Fördermittel bereitstehen; zugleich soll die Aufsicht dort, wo erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternommen werden und ein Ausgleich dennoch nicht erreichbar ist, mit Großzügigkeit prüfen. Wir handeln also nicht gegen, sondern in der Logik dieser Vorgabe.

Die Fördermittel sind dabei der Hebel: Aus dem **Sondervermögen** nach dem Länder- und **Kommunalinfrastrukturfinanzierungsgesetz** fließen Frankenthal über zwölf Jahre rund 48 Millionen Euro zu; aus dem Bundesprogramm „Handlungsstarke Kommunen“ sind je 2,3 Millionen Euro für 2025 und 2026 bereits etatisiert.

Jeder Euro, den wir heute nicht abrufen, verteuert die Sanierung morgen. Wir nehmen diese Brücken in Anspruch – planvoll, **kapazitätsgerecht**, ohne **Überforderung der Organisation**.

Und wichtig: Wir sind eine **lernende Verwaltung**: Nicht alles wird auf Anhieb gelingen, aber wir haben jetzt die Programme, die Prioritäten, die Förderkulissen und das befristete Personal, um die Realisierungsquote dauerhaft zu heben.

Schließlich ist dies auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Zwischen 2010 und 2014 ist das Anlagevermögen allein im Bereich Straßensanierung um rund 14 Millionen Euro gesunken – ein sichtbares Ergebnis zu geringer Investitionen in die Substanz. Wer heute nicht investiert, zahlt morgen doppelt. Investieren heißt daher nicht „mehr ausgeben“, sondern Vermögen erhalten und Folgekosten vermeiden.

Kurz gesagt: Wir konsolidieren, aber wir investieren – gezielt, förderlogisch und kapazitätsbewusst. Wir bauen Straßen, Schulen, Kitas – und wir bauen zugleich unsere Fähigkeit, zuverlässig zu bauen.

Folie 8

6. Personal – Verantwortungsvoll, gezielt und mit Augenmaß

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach der Betrachtung der Investitionen möchte ich Ihnen nun auch einen kurzen Überblick über die Personalsituation im Doppelhaushalt geben.

Denn **hinter jeder Zahl stehen Menschen**, die die vielen Aufgaben dieser Stadt tagtäglich umsetzen – von der Kinderbetreuung über die soziale Arbeit bis hin zu Bau, Ordnung und Verwaltung.

Ich weiß, das **Thema Personal** bewegt viele – auch mich. Es ist mir wichtig, hier offen und nachvollziehbar zu erläutern, wie sich die Zahlen zusammensetzen und welche Logik dahintersteht.

Zunächst: **Die Zahl der gemeldeten Stellenbedarfe** aus den Fachbereichen war **deutlich höher**, als das, was wir letztlich im Entwurf berücksichtigen konnten.

Das nun vorliegende **Stellenpaket** ist also bereits Ergebnis eines intensiven **Konsolidierungsprozesses**.

Wir haben in den vergangenen Monaten jeden Antrag geprüft, Prioritäten gesetzt, Aufgaben abgewogen – und uns auf das konzentriert, was gesetzlich geboten, fachlich notwendig und organisatorisch unvermeidlich ist.

Konkret bedeutet das:

Wir häufen hier also keine dauerhaften Personalkosten an, sondern investieren temporär in Umsetzungsfähigkeit, um die Fördermittel, die Bund und Land bereitstellen, auch tatsächlich nach Frankenthal zu holen.

Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind, wie bereits angesprochen 147,3 neue Stellen vorgesehen. Neben den 108 auf den Bereich Jugend, Familie und Soziales betreffenden Stellen. Schaffen wir 17,5 projektbezogene Stellen für das Sanierungs- und Modernisierungsjahrzehnt, die nach Ablauf der Förderperiode wegfallen.

Weitere neue Stellen betreffen gezielte Bedarfe im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz, IT-Sicherheit, Bauleitplanung und Bürgerservice.

Diese Stellen sind notwendig, um gesetzliche Aufgaben zu erfüllen, kritische Infrastruktur zu sichern und die Digitalisierung Schritt für Schritt in den Verwaltungsalltag zu bringen.

Mit diesen neuen Stellen werden sowohl die notwendigen zusätzlichen **Planungskapazitäten** (strategisch-konzeptionelle und planungsrechtliche Grundlagen im Bereich der Stadtentwicklung und Stadtplanung, technische Detailplanungen im Hoch- und Tiefbau) als auch die notwendigen **zusätzlichen Kapazitäten zur baulichen Umsetzung** verschiedenster Maßnahmen geschaffen.

Dabei werden insbesondere **Ingenieure** unterschiedlicher Fachrichtungen benötigt, vor allem Bauingenieure, Architekten und Landschaftsplaner.

Die neuen Stellen sind dabei notwendig, um die Herausforderungen des Sanierungs-, Modernisierungs- und Transformationsjahrzehnts zu bewältigen.

Darüber hinaus sind diese notwendig, um die **Unterhaltung** der zahlreichen **städtischen Gebäude** (Verwaltungsgebäude, Schulen, Kitas), **Straßen** und **Brücken, Grün- und Freiflächen** (Parkanlagen, Schulhöfe, Kita-Außenbereiche, Spiel- und Sportplätze) sicherzustellen.

Ich möchte aber ebenso betonen:

Die Zahl von 147,3 Stellen mag zunächst hoch erscheinen, verteilt sich jedoch auf zwei Haushaltsjahre. Betrachtet man die 108 unumgänglichen Stellen für Soziales, Kitas und Ganztagsförderung gesondert, so ergibt sich im Schnitt ein **jährlicher Zuwachs von etwa 20 Stellen** – ein Wert, der unter dem Durchschnitt der Vorjahre liegt.

Das zeigt, dass wir auch im **Personalbereich konsequent konsolidieren** und nur dort aufstocken, wo es rechtlich zwingend oder strategisch geboten ist.

Mein Dank gilt an dieser Stelle ausdrücklich den Dezernenten, den Bereichs- und Abteilungsleitungen und der Personalabteilung, die diese schwierigen Abwägungen mitgetragen haben.

Wir wissen: **Personal ist der größte Hebel, aber auch das wertvollste Kapital unserer Stadt.**

Deshalb gehen wir hier sorgsam, planvoll und verantwortungsbewusst vor.

Für weitergehende Fragen zum Stellenplan, zu Personalkostenentwicklungen und Detailfragen steht Ihnen im Anschluss auch unsere Personalchefin, Frau Dr. Bulling, gerne zur Verfügung.

Folie 9

Führungsfähigkeit und Struktur – das vierte Dezernat

Meine Damen und Herren,

wir haben in den vergangenen Minuten über Konsolidierung gesprochen, über Investitionen, über Pflichtaufgaben und Zukunftsprojekte.

Doch bei all dem stellt sich am Ende eine entscheidende Frage:

Wie führen wir das alles – und mit welcher Struktur?

Wer eine Stadt in ein Sanierungs- und Modernisierungsjahrzehnt führen will, muss sie auch führen können.

Denn Verwaltung darf heute nicht mehr nur verwalten – sie muss gestalten, steuern, begleiten und Verantwortung tragen.

Frankenthal steht mitten in einer Phase tiefgreifender Veränderung:

Wir modernisieren unsere Verwaltung von innen heraus, wir treiben den Digitalisierungsprozess voran, wir richten die Stadtentwicklung strategisch neu aus, wir steuern die Energie- und Wärmewende, wir führen den Prozess Frankenthal 2035 fort und begleiten große Infrastrukturvorhaben – von Schulneubauten über Straßensanierungen bis hin zu Sportstättenmodernisierungen.

Wir tun das in enger Abstimmung mit dem Stadtrat, mit den Beteiligungsgesellschaften, mit Vereinen und Stiftungen, in denen Mitglieder des Stadtvorstands ebenfalls Verantwortung tragen.

All das braucht Führung, Übersicht und Koordination – quer durch alle Ebenen.

Doch die Realität ist:

Unsere Verwaltung ist jung, dynamisch, engagiert – aber sie steht auch unter hoher Belastung.

Mehr als 60 Prozent unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit.

Viele Führungskräfte sind neu in ihren Funktionen.

Erfahrene Kolleginnen und Kollegen gehen in den Ruhestand, während zugleich die Zahl der Aufgaben und Projekte wächst, die gleichzeitig gesteuert, abgestimmt und begleitet werden müssen.

Führung bedeutet unter diesen Bedingungen mehr als Organisation.

Führung heißt heute: beraten, anleiten, begleiten.

Führung heißt, Orientierung zu geben, Qualität zu sichern und Vertrauen zu schaffen – intern wie extern.

Damit das gelingt, brauchen wir Strukturen, die das ermöglichen.

Ein Stadtvorstand mit nur drei Dezernaten stößt hier an Grenzen – nicht, weil wir zu wenig Verantwortung übernehmen wollen, sondern weil wir zu viele Themen gleichzeitig verantworten müssen.

Ein viertes Dezernat bedeutet deshalb keine Ausweitung von Bürokratie, sondern die gezielte Stärkung von Steuerung, Anleitung und Qualität.

Es schafft Freiräume für Führung – damit Bereichsleitungen mehr Zeit für Beratung, für die Begleitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für die Steuerung komplexer Projekte haben.

Wir modernisieren die Stadt nicht nur in ihren Gebäuden, sondern auch in ihren Strukturen.

Wir entwickeln Tempo – aber mit System.

Denn wenn wir in Kitas, Schulen, Straßen und Klimaschutz investieren, dann müssen wir auch in die Fähigkeit investieren, diese Aufgaben zu steuern.

Der Vorschlag, ein viertes Dezernat zu errichten, wird vom gesamten Stadtvorstand einstimmig getragen.

Wir haben diese Entscheidung gemeinsam getroffen – in der Überzeugung, dass wir mit dieser Struktur die Führungsfähigkeit und Steuerungskraft der Stadt dauerhaft sichern.

Nicht, um Zuständigkeiten zu verschieben, sondern um Verantwortung tragfähig zu machen.

Meine Damen und Herren,

wir stehen bildlich gesprochen in einem Haus, das wir während des laufenden Betriebs sanieren.

Das gelingt nur, wenn jemand nicht nur mitbaut, sondern auch den Überblick behält.

Darum bitten wir Sie um Ihre Zustimmung – nicht, um mehr Apparate zu schaffen, sondern um Frankenthal handlungsfähig zu halten, damit wir das, was wir gemeinsam beschlossen haben, auch umsetzen können – verlässlich, wirksam und zukunftsfest.

7. Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben gesehen, dass insbesondere die Sozial- und Personalkosten die weitere finanzielle Entwicklung unserer Stadt maßgeblich bestimmen.

Während die Sozialausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen kaum beeinflussbar sind, haben wir an anderer Stelle Handlungsspielraum – nämlich dort, wo wir selbst Strukturen gestalten können.

Wenn wir unsere finanziellen Spielräume erhalten und gleichzeitig unsere Leistungsfähigkeit sichern wollen, müssen wir effizienter werden.

Das bedeutet: Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung sind kein „Zusatzprogramm“, sondern ein zentrales Konsolidierungsinstrument.

Nur eine moderne, schlanke und digital arbeitende Verwaltung kann dauerhaft den steigenden Anforderungen gerecht werden – fachlich, organisatorisch und finanziell.

Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist die Verwaltungsmodernisierung, die wir im vergangenen Jahr mit dem Projekt „Verwaltungsmodernisierung Frankenthal“ gestartet haben.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Steigerung der Effizienz, der Verringerung von Bürokratie und der Optimierung der Entscheidungsprozesse.

Im Dezember dieses Jahres beginnen wir gemeinsam mit der Partnerschaft Deutschland (PD), an der die Stadt Frankenthal seit 2025 beteiligt ist, mit der Erarbeitung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie.

Für diese Strategie stehen im Haushalt gezielte Sondermittel bereit.

Das Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Verwaltungsvorgänge so zu optimieren, dass wir durch Prozessvereinfachungen, den Abbau von Doppelstrukturen und das Verknüpfen von Fachverfahren nicht nur die Effizienz steigern, sondern auch langfristig die Personalkosten stabilisieren können.

Zudem werden durch den digitalen Umgang mit Routineaufgaben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlastet, sodass sie sich stärker auf die inhaltliche Arbeit und die Bürgeranliegen konzentrieren können.

Haushaltsgespräch – Fortschritte und Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

selbstverständlich steht bei einem solchen Haushaltsplan auch die Frage der Genehmigung im Raum.

Deshalb haben wir – in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Innenministeriums – frühzeitig den Dialog mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion gesucht.

In einem sehr konstruktiven Austausch mit der Vizepräsidentin der ADD, Frau Christiane Luxem, konnten wir deutlich machen, dass Frankenthal seine Konsolidierungsaufgaben ernsthaft, strukturiert und abgesichert über Beschlusslagen angeht.

Wir haben nicht nur in den vergangenen Monaten, sondern bereits seit dem vergangenen Jahr intensiv und systematisch an der Abarbeitung der sogenannten Altlasten gearbeitet – also an jenen Punkten, die von der ADD wiederholt eingefordert wurden.

Die längst überfällige Straßenreinigungsgebührensatzung ist verabschiedet, die Aufarbeitung der Jahresabschlüsse schreitet planmäßig voran, und wir betreiben die Konsolidierung mit Nachdruck.

Neben dem Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt haben wir einen umfassenden Konsolidierungsplan für den gesamten Stadtkonzern aufgesetzt.

Dieser wird im Stadtlenkungskreis unter Einbindung aller Gesellschaften bearbeitet, umfasst konkrete Einzelprojekte, ein verbindliches Projektcontrolling und abgestimmte Beschlusslagen in den jeweiligen Gremien zur Abarbeitung der identifizierten Potenziale.

Von der Aufsicht wird ausdrücklich anerkannt, dass die Stadt Frankenthal bereits im Haushaltsjahr 2025 die Hebesätze der Grundsteuer angepasst hat.

Ebenso konnten wir darlegen, dass die Einnahmesituation durch gezielte Gebührenanpassungen bereits verbessert wurde und auch künftig weiter stabilisiert werden kann.

Besonders positiv wurde hervorgehoben, dass wir uns nicht auf kurzfristige Sparmaßnahmen beschränken, sondern an den Strukturen selbst arbeiten – also an den Ursachen, nicht nur an den Symptomen.

Vorbehaltlich der Beschlüsse in den Dezembersitzungen werden wir den Doppelhaushalt noch vor Weihnachten zusammen mit einem fundierten Begleitschreiben zur Genehmigung an die ADD übermitteln.

In diesem Schreiben werden wir die Ursachen der Fehlbeträge darlegen, die eingeleiteten Konsolidierungsschritte erläutern und das neue Stellenkonzept als ergänzenden Bestandteil beifügen.

Dieses Vorgehen zeigt: Frankenthal handelt vorausschauend, transparent und im engen Austausch mit der Aufsicht.

Wir übernehmen Verantwortung – rechtzeitig, konsequent und mit einem klaren Ziel: die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu sichern.

Folie 10

9. Bürgerbeteiligung durch Transparenz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir nähern uns nun dem Ende der diesjährigen Haushaltsrede.

Am Ende möchte ich Ihnen aber noch mitteilen – und darauf dürfen wir alle auch ein Stück weit stolz sein –, dass wir in diesem Jahr erstmals eine umfassende Vorhabenliste erstellt haben.

Diese Liste gibt auf rund 300 Seiten – anhand von Vorhabensteckbriefen – einen Überblick über die wesentlichen Projekte und Maßnahmen, die in den kommenden zwei Jahren umgesetzt oder vorbereitet werden – über alle Bereiche und Stabsstellen hinweg.

Sie zeigt, wie breit die Themenlandschaft unserer Stadt ist und wie intensiv unsere Verwaltung daran arbeitet, Frankenthal Stück für Stück voranzubringen.

Die Vorhabenliste ist kein Bestandteil des Haushaltsplans, sondern wird begleitend veröffentlicht – auch auf der städtischen Webseite – als Zeichen gelebter Transparenz und als Einladung zum Mitdenken.

Und ja, meine Damen und Herren,

wer in so kurzer Zeit einen Doppelhaushalt und zugleich eine 300-seitige Vorhabenliste erarbeitet, der darf auch einmal einen Moment stolz sein.

Beides ist das Ergebnis großer Teamarbeit – von allen Dezernaten, Bereichen und Stabsstellen.

Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die in den vergangenen Wochen und Monaten unter Hochdruck an dieser Mammutaufgabe gearbeitet haben.

Und falls Sie beim Lesen der Vorhabenliste feststellen, dass hier und da noch ein Komma oder eine Priorität verrutscht ist – sehen Sie es uns bitte nach.

Wir lernen, wir verbessern, und wir freuen uns über konstruktives Feedback aus den Fraktionen, damit diese Liste künftig noch besser wird – denn Transparenz lebt vom Mitgestalten.

Folie 11

10. Haltung und Zuversicht – Gemeinsam Zukunftsfest

Meine Damen und Herren,

am Anfang dieser Rede stand das Bild des Esels – ein Sinnbild für Beharrlichkeit, Verantwortung und Geduld.

Er trägt seine Last, Schritt für Schritt, und bleibt doch auf Kurs.

So verstehe ich auch diesen Doppelhaushalt:

Er trägt – aber er trägt ohne Steuererhöhungen und ohne Kürzungen freiwilliger Leistungen.

Das ist in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit.

Aber – und auch das gehört zur Ehrlichkeit dieser Haushaltseinbringung – dieser Kurs ermöglicht es, auf Steuererhöhungen zu verzichten. Gleichzeitig bringt er jedoch auch gewisse Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger mit sich. Dies betrifft insbesondere die Anpassung einzelner Gebühren und Entgelte, die derzeit in den zuständigen Gremien intensiv beraten werden.

Hier planen wir Erhöhungen nur dort, wo wir in Frankenthal derzeit deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen.

Wir konsolidieren mit Vernunft,

aber wir investieren auch in die Zukunft.

Wir bauen, wir modernisieren, wir entwickeln.

Und wir tun das gemeinsam – Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.

Denn nur gemeinsam wird Frankenthal zukunftsfest.

Folie 12

Mein herzlicher Dank gilt daher allen,

die diesen Weg mitgehen und mitgestalten:

den Mitgliedern des Stadtrates,

den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen, dem Personalrat, den Bereichsleitungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen im gesamten Stadtkonzern.

Ihr Engagement, Ihre Geduld und Ihre Leidenschaft sind das Fundament dafür, dass wir diesen Weg gehen können.

Frankenthal trägt viel – aber wir tragen gemeinsam.